

ralisten kann Peter auch die fünf Gulden behalten, wenn er auch nicht die Absicht hatte, den Paul anzuzeigen, weil er das Recht dazu hatte und sich dieses Rechtes als eines schätzbaren Gutes (*pretio aestimabile*) begibt; denn Paul gab ihm die fünf Gulden, damit er nicht die Absicht habe, ihn anzuzeigen, die er aber haben konnte. Dafs aber Peter nicht im Ernste ihm droht, ist zwar eine List (*dolus*), aber keine ungerechte, weil Peter ihm mit Recht (*juste*) drohen konnte, ob nun mit oder ohne ernstliche Absicht.¹⁾ Auszunehmen wäre natürlich immer der Fall, dafs die fünf Gulden vom Diebstahle herrührten, denn da würde Paul durch Annahme der fünf Gulden *participans in praeda* und gegenüber dem Bestohlenen *restitutionspflichtig, quia res clamaret ad dominum*.

Graz.

Dr. Marcellin Jos. Schlager, Univ.-Prof.

XV. (Löschung und Cession von Hypotheken-Forderungen, welche zum Diöcesan-Vermögen gehören.)

Das Gesetz über die Aufsichtsrechte des Staates bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diöcesen vom 7. Juni 1876 bestimmt im § 2: „Die verwaltenden Organe bedürfen der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde in nachstehenden Fällen: . . . 3. zu außerordentlicher Veräußerung des Vermögens, welche die Substanz selbst angreift und Einziehung von Capitalien, sofern sie nicht zur zinsbaren Wiederbelegung erfolgt.“ Diese gesetzliche Bestimmung enthält eine Einschränkung des Rechtes der Bischöfe, Ordinariate, Domcapitel, Commissariate oder sonstiger Verwaltungsorgane des Diöcesan-Vermögens, über Hypotheken-Capitalien zu quittieren und die Löschung zu bewilligen, beziehungsweise die Forderung durch Cession abzutreten. Ueber die Natur dieser Einschränkung erheben sich zwei Fragen:

1. Ist der § 2 l. c. eine bloße Verwaltungsnorm oder statuiert er ein rechtliches Requisit zu gültiger Löschung? — Im ersteren Falle würde der Grundbuchrichter ohne weiteres löschen müssen, wenn die Quittung oder Löschungsbewilligung vorliegt und die Legitimation der quittierenden Behörde ihm bekannt ist; im letzteren Falle müßte der Grundbuchrichter gemäß der Pflicht, „die Rechtsgültigkeit der Löschungsbewilligung nach Form und Inhalt zu prüfen“ (§ 46 der Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872), sich den Nachweis liefern lassen, dafs die Einziehung der Forderung zum Zwecke der Wiederbelegung erfolgt. Dann entsteht aber die weitere Frage:

2. Kann die quittierende Behörde diesen Nachweis durch eigenes Zeugnis, z. B. durch Abschrift rechnungsmäßiger Einnahme- und Ausgabe-Ratificatorien über Einziehung und Wiederbelegung des Ca-

¹⁾ Vgl. Müller Theol. mor. II. § 103 n. 5.

pitals, beibringen, oder muß jedesmal ein Attest der staatlichen Aufsichtsbehörde, in diesem Falle des Oberpräsidenten beigebracht werden darüber, daß die Einziehung zum Zwecke der Wiederbelegung erfolgt ist.

Ueber diese Fragen sind verschiedene Ansichten von Amtsgerichten und Landgerichten vertreten, selbst die Entscheidungen des Kammergerichtes lauten nicht übereinstimmend. Aus den Beschlüssen des Kammergerichtes, welche hier im Auszuge folgen, ist ersichtlich, daß dasselbe:

ad 1. den § 2 l. c. nicht als bloße Verwaltungsnorm, sondern als Requisite rechtskräftiger Lösungsbewilligung auffaßt, und daß

ad 2. die neueren Entscheidungen des Kammergerichtes dahin lauten, daß es zur Beibringung des erwähnten Nachweises eines Attestes der staatlichen Behörde nicht bedarf.

1.

Der Beschluß des Kammergerichtes vom 12. Juni 1882 (Johow und Künzel, Jahrbuch der Entscheidungen des Kammergerichtes, Bd. 3, S. 187 f.):

„Das Gesetz beschränkt sich nicht darauf, eine Norm für die verwaltenden Organe aufzustellen; der letzte Absatz des § 2 (l. c.) verordnet zugleich, daß, wenn die staatliche Genehmigung (scl. zur Einziehung eines Capitals zum Zwecke des Verbrauchs desselben) nicht erteilt ist, die . . . Rechtsgeschäfte ungültig sind . . . Die Grundbuchbehörden sind nicht dazu berufen, durch eigene Cognition festzustellen, ob die durch das Gesetz gewollte Beschränkung der Verfügungsbefugnis in Wirksamkeit treten mußte oder nicht . . . Das Gesetz hat deshalb die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gefordert. Für Hypotheken ist deren Mitwirkung nach § 46 G.-B.-D. mit Recht für unentbehrlich erachtet worden.“

Von der im letzten Absätze dieser Entscheidung gegebenen Ansicht ist das Kammergericht abgegangen und hat die Mitwirkung der staatlichen Aufsichtsbehörde für entbehrlich erklärt im

2.

Beschluß vom 21. Mai 1883 (Johow und Künzel Bd. 4 S. 194 ff.):

„Das Gesetz vom 7. Juni 1876 . . . schloß sich im wesentlichen an das ältere Gesetz vom 20. Juni 1875 an, soweit nicht . . . eine Erweiterung der Befugnisse der Staats-Aufsichtsbehörde an der Stelle schien . . . Das ältere Recht setzte die Selbständigkeit der mit kirchlicher Vermögens-Verwaltung besetzten kirchlichen Organe voraus, forderte nicht eine regelmäßige Mitwirkung der staatlichen Aufsichtsbehörden bei der laufenden Verwaltung, sondern nur die Genehmigung derselben in besonderen Fällen, namentlich für Veräußerung bestimmter Gegenstände. — Bezüglich der Kündigung und Einziehung von Capitalien fordert § 2 nr. 3 die staatliche Genehmigung nur für den Fall, daß die Einziehung nicht zur zinslichen Wiederbelegung erfolgt,

sieht also für die gewöhnlichen Acte der laufenden Verwaltung davon ab. — Die Vorinstanzen gehen darin zu weit, wenn sie zu dem Ergebnis gelangen, daß die Feststellung der thatfactlichen Voraussetzung (daß die Einziehung zur zinslichen Wiederbelegung erfolgt sei) nur durch die staatliche Aufsichtsbehörde erfolgen könne.“

An dieser Auffassung hat das Kammergericht neuerdings festgehalten im

3.

Beschluß vom 21. December 1887 (s. Juristische Rundschau 3. Band 1. Heft S. 16 f.), aus welchem wir folgendes entnehmen:

„Die Ertheilung der (staatlichen) Genehmigung ist für die gewöhnlichen Acte der laufenden Vermögens-Verwaltung nicht erforderlich und tritt sonach nur in Ausnahmefällen ein . . . das Amtsgericht zu Fulda mußte in die Prüfung eintreten, ob nicht durch die von dem dortigen Bischof in seiner Eigenschaft als Diöcesan-Oberer amtlich abgegebene Erklärung, daß die sämtlichen in Rede stehenden Capitalien anderweitig wieder zinsbar angelegt werden, der Nachweis, daß die Einziehung zur zinsbaren Wiederbelegung erfolgt wäre, erbracht sei“. Demgemäß gieng die Sache an die erste Instanz (Amtsgericht Fulda) zurück, welches alsdann die Bescheinigung der bischöflichen Behörde über die zinsliche Wiederbelegung als genügenden Nachweis anerkannte.

Hildesheim (Hannover).

Affessor Dr. Bertram.

XVI. (Matrimonium mixtum, impedimentum ligaminis und monitio facienda.) Petrus, Protestant aus der Diöcese Breslau, und Paula, Katholikin aus der Diöcese Baderborn, stehen in der Nähe von Berlin im Dienste und verloben sich. Da sie religiös gleichgiltig geworden, so lassen sie sich nur bürgerlich trauen. Sie leben drei Jahre lang zusammen und erhalten zwei Kinder. Mittlerweile lernt Petrus eine andere Person kennen, läßt die Paula, die seit Monaten fränklich ist, im Stiche, und heiratet jene. Die verlassene Paula erhebt dagegen keine Einsprache, weil sie, wie sie sagt, froh gewesen sei, „frei und ledig zu werden“, zumal Petrus sie allzeit schlecht behandelt habe. Inzwischen sterben ihre beiden Kinder und sie kehrt wieder in ihre Heimat zurück, wo niemand von ihrem Verhältnisse mit Petrus Kenntnis erhalten hat. Hier verheiratet sie sich mit einem katholischen Junggesellen Conradus, ohne aber irgend einem von ihrer Vergangenheit etwas zu offenbaren. Nach zwölfjähriger Ehe, in der sie mehrere Kinder geboren, theilt sie endlich, von Gewissensängsten getrieben, ihrem Beichtvater ihr früheres Verhältniß mit und bemerkt dazu: sie habe ihren unsittlichen Umgang mit Petrus im ersten Jahre nach der bürgerlichen Trauung gebeichtet;